

Arbeitsmaschinen, nicht Menschen waren gefragt

Vietnamesische Gastarbeiter in Osteuropa

Mit dem Ziel Bulgarien, DDR, CSSR und Sowjetunion machten sich in den letzten Jahren Zehntausende vietnamesische Frauen und Männer auf, um Arbeit und Brot zu finden. Versprochen wurde ihnen eine fundierte Ausbildung, guter Verdienst und eine freundliche Aufnahme. Ihr Leben sollte sich grundsätzlich vom Schicksal der Gastarbeiter in Westeuropa unterscheiden. Perestroika, Glasnost und die Revolution bringen jedoch Stück für Stück eine erschreckende Wirklichkeit ans Tageslicht. Isolation, Ausländerfeindlichkeit und Furcht bestimmen das Leben vieler Vietnamesen in ihren Gastländern und sorgen in den Medien für Schlagzeilen. Der folgende Artikel will nicht neue hinzufügen, sondern einige Ursachen und Hintergründe aufzeigen.

Arbeit oder Ausbildung für 200.000?

Den Anfang machte das Abkommen über "Berufsausbildung und Arbeit" von Vietnamesen in der UdSSR, das am 2. April 1981 in Moskau unterzeichnet wurde. Ähnliche Vereinbarungen wurden kurze Zeit später zwischen Vietnam und der CSSR (September 1981), Bulgarien (November 1982) und der DDR (Januar 1982) abgeschlossen. Wie schon der Titel des Abkommens nahelegt, wurde in der sowjetischen Propaganda die "Hilfe bei der Berufsausbildung"¹ in den

Vordergrund gestellt. Auch Nguyen Co Thach, vietnamesischer Außenminister, blies ins gleiche Horn. 1982 erklärte er, daß es sich bei der Arbeit in den Fabriken nur um einen Teil der sowjetischen

Ausbildungsprogramme handeln würde.

Heute wird offener über das Problem diskutiert. Sowjetische Offizielle erklären, daß "in der Praxis... all diese wohlgemeinten Ziele durch den elementaren Einsatz der vietnamesischen Arbeitskraft in unseren Betrieben ersetzt"² wurden. Auch die Modrow-Regierung trennte in ihrem Bericht an den developmentpolitischen "Runden Tisch" fein säuberlich zwischen den Ausländern, die sich zur beruflichen Aus- und Weiterbildung oder zum Studium in der DDR befinden und den "ausländischen Arbeitskräften" aus Entwicklungsländern.

Des Rätsels Lösung ist relativ einfach. Da es sich bei den meisten entsandten Vietnamesen um unausgebildete Kräfte handelt, setzte ihr Arbeitseinsatz - neben einem nicht ausreichenden Kurzsprachkurs von drei Monaten - ein Anlernen in den Betrieben voraus. Gegenüber den älteren Ausbildungsprogrammen, so auch die "Neue Zeit", sei "neu, daß die Lehre in der UdSSR direkt in den Betrieben ... abgehalten wird."³ In den meisten Fällen

im Normalfall nicht die Rede sein.

Insgesamt hielten sich 1989 ungefähr 200.000 vietnamesische Frauen und Männer in Bulgarien, der DDR, der CSSR und der UdSSR auf (s. Tabelle 1). Ihre Zahl ist in den letzten drei Jahren sprunghaft angestiegen. Allein in den ersten 6 Monaten des Jahres 1988 wurden 32.937 Vietnamesen nach Osteuropa geschickt, in der zweiten Hälfte waren 38.000 geplant⁴. Ähnlich sieht es im Fall der DDR aus, die 1988 über 30.000 aufgenommen haben soll⁵.

Arbeitskräftemangel in Osteuropa

Absolut gesehen ist die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in den europäischen RGW-Ländern gering. Auch ihre ökonomische Bedeutung ist begrenzt, obwohl die Produktion einiger Betriebe sehr stark von ausländischen Arbeitern abhängt. So konnte z.B. in der Schuhfabrik Schwedt (DDR) die Produktion an Kinderschuhen nur mit Hilfe von Vietnamesinnen von 600.000 Paar auf 1,6 Mio. Paar im Jahr erhöht werden⁶. Auch differiert die Bedeutung innerhalb des RGW. Die Zahl ausländischer Arbeiter von 160.000 in der DDR mit 16 Mio. Einwohnern ist fast ebenso hoch wie in der Sowjetunion mit 280 Mio. Einwohnern. Ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt zwischen 0,06 Prozent in der Sowjetunion und ca. 1 Prozent in der DDR (siehe Tabelle 1).

Zwar gab es auch schon früher ausländische Arbeiter in den RGW-Ländern, der Grund ihres Aufenthaltes war jedoch ein anderer. Es handelte sich dabei vor allem um Tätigkeiten in Gemeinschaftsprojekten des RGW bzw. einzelner Mitgliedsstaaten. Ein Beispiel dafür ist die Ausbeutung der sowjetischen Gasreserven. Die Entsendung von Arbeitern

erfolgt mit dem Ziel, einen Teil der geförderten Produkte für das Herkunftsland zu sichern⁷.

Die vietnamesischen Gastarbeiter in Osteuropa sind jedoch Ausdruck einer neuen Entwicklung. In den 70er Jahren wurde ein wachsender Mangel an Arbeitskräften immer offenkundiger. Während er in der DDR und der

CSSR am größten war, lagen in der UdSSR Mangel- und Überfluserscheinungen nebeneinander⁸. Da die bisherigen Quellen zur Heranziehung neuer Arbeitskräfte weitgehend erschöpft

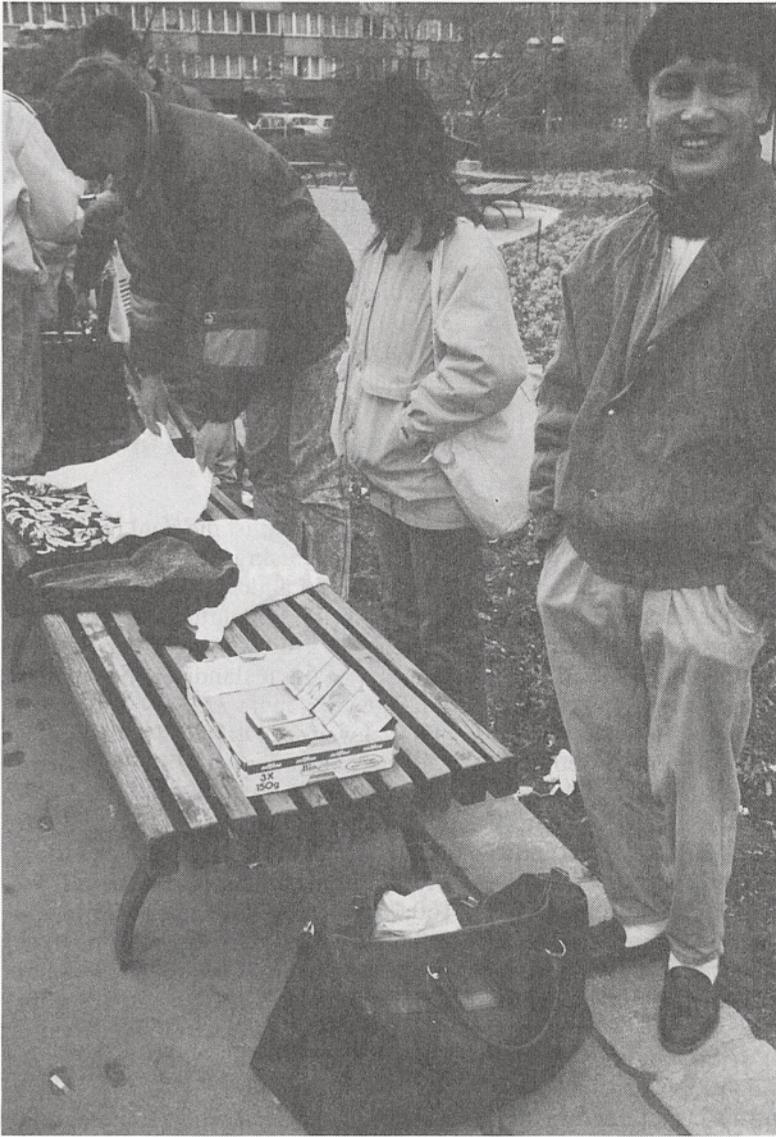
Tabelle 1:

Vietnamesische Arbeiter in Osteuropa (1989)

	Bulgarien	DDR	CSSR	UdSSR
ausländische Arbeiter, gesamt	40.000	160.000	45.000*	160.000
Anteil an Gesamtbevölkerung in %	0,45	0,96	0,29	0,06
Vietnamesen	24.000	53.000	30.000	90.000
Vietnamesen in %	60	33	67	56

verschiedene Quellen; *Zahl für 1984

dürfte die für diesen Zweck vorgesehene Zeit von 6 bis 9 Monaten gerade ausgereicht haben, um spezialisierte Arbeiten in der Produktion ausüben zu können. Von Ausbildung zu Facharbeitern kann



Vietnamesische Gastarbeiter in Leipzig: Mit ein paar Kassetten das Einkommen verbessern

Foto: H. Kotte

waren (Landwirtschaft, Frauen etc.), ihre intensivere Nutzung jedoch durch das extensive Wachstumsmodell begrenzt war, stieg der Druck, auch außerhalb der eigenen Grenzen Arbeitskräfte zu suchen. In der DDR verschärfte sich diese Situation durch die jährliche Abwanderung Tausender von Menschen in die Bundesrepublik.

Diese Entwicklung machte sich in mehrfacher Hinsicht bemerkbar. Die Forderung nach einer "rationelleren und effektiveren Nutzung der existierenden ... Arbeitskräftressourcen" auch durch eine internationale Nutzung setzte sich durch. Denn die Bedingungen für einen internationalen Arbeitsmarkt im RGW waren gegeben: "ein Defizit (besonders von Arbeitskräften mit geringer Qualifikation) in den europäischen und ein relativer Überschuß" in den außereuropäischen Ländern des RGW⁹.

Die Realisierung dieser Vorstellungen wurde systematisch angegangen. Die Zahl der Gastarbeiter aus den außereuropäischen sozialistischen Ländern stieg

beständig. Zwar stellt Vietnam dabei das Hauptkontingent, Arbeitskräfte wurden aber auch anderswo angeworben. So arbeiteten 1989 in der DDR neben den 53.000 Vietnamesen 10.000 Kubaner, 15.000 Mozambiquaner, 1.000 Angolaner und 900 Chinesen aus der Volksrepublik¹⁰. In der CSSR waren zusätzlich Laoten und Mongolen tätig, in Bulgarien

Äthiopier und Nicaraguaner. Nord-Koreaner stellen in der Sowjetunion ein Kontingent von 20.000 Arbeitern. Vorgesehen war, diese Zahlen zügig weiter zu erhöhen. Die Umwälzungen in Osteuropa haben diese Pläne jedoch zur Makulatur werden lassen.

Arbeitskräfteüberschuß in Vietnam

Diesem Mangel in Osteuropa steht in Vietnam ein großes "freies" Arbeitskräftepotential gegenüber. Ein Blick auf die Entwicklung der arbeitsfähigen Bevölkerung und der Gesamtbevölkerung (Tabelle 2) verdeutlicht die vietnamesische Bevölkerungsexplosion.

Von 1976 bis 1989, der letzten Volkszählung, ist die Bevölkerung von 49 auf 64 Mio. Menschen gestiegen, d.h. um ungefähr ein Viertel. Der Durchschnittszuwachs der letzten 10 Jahre lag damit bei 2,13 %, und bis zum Jahre 2020 wird sich die heutige Bevölkerung, wenn das Wachstum so anhält, verdoppeln. Entsprechend nimmt auch die Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung zu. Jährlich drängen zur Zeit zwischen 1 und 1,5 Mio. neue Arbeitskräfte auf den Markt. "Um den gegenwärtigen Lebensstandard zu halten, müßte sich das Nationaleinkommen mindestens um das 3-4fache der Bevölkerungsrate erhöhen, also pro Jahr um 6,4-8,5 %. Statt dessen aber hat es sich seit 1980 lediglich um 5,4% erhöht."¹¹

Die Folge ist eine ständig wachsende Arbeitslosigkeit. Nach vietnamesischen Angaben waren im August 1989 über 6 Millionen Vietnamesen, d.h. ca. 10 Prozent der Gesamtbevölkerung, arbeitslos oder hatten nur eine zeitweise Beschäftigung. Diese Zahl soll jährlich um 600.000 bis 700.000 ansteigen¹². Angesichts der verdeckten Arbeitslosigkeit auf dem Land dürften die Zahlen jedoch noch höher liegen.

Die Entsendung von Arbeitskräften ins Ausland wurde deshalb von der vietnamesischen Führung als ein Ausweg betrachtet, den Druck auf den Arbeitsmarkt zu reduzieren. Mit den Abkommen von 1981/82 wurde ein erster Grundstein gelegt. Der 6. Parteikongreß 1986 verstärkte mit der Forderung nach "Erweiterung der Arbeitskooperation mit dem Ausland" diese Entwicklung. Heute ist,

"Falls der Bürger als Folge der Krankheit oder eines Arbeitsunfalls arbeitsunfähig wird und nach Befund des Arztes seine Arbeitsfähigkeit im Verlauf von vier Monaten nicht wieder hergestellt werden kann..."

so Nguyen Thi Binh, Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der vietnamesischen Nationalversammlung, "die Arbeitskooperation zu einer wichtigen Politik unseres Staates geworden."¹³ Obwohl sich dabei die sozialistischen Länder Europas als "natürliche Partner"

anboten, wurden in den letzten Jahren auch Arbeiter nach Algerien und in den Irak entsandt.

Ob dabei auf vietnamesischer Seite das Argument der Ausbildung nur als eine ideologische Verschleierung dienen sollte, oder ob dieses Moment eine wirkliche Rolle in den vietnamesischen Entscheidungen gespielt hat, ist nicht klar auszumachen. Sollte die Qualifizierung von Arbeitskräften im Vordergrund gestanden haben, so verlor die "Ausbildung für die vietnamesische Entwicklung" jedoch objektiv an Bedeutung. Denn es wurde offensichtlich, daß Vietnam nicht in der Lage sein würde, für jeden der rückkehrenden Arbeiter einen adäquaten Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. "Das ist wirklich ein Problem", erklärte 1987 ein vietnamesischer Verantwortlicher. "Zur Zeit arbeiten zum Beispiel 10.000 vietnamesische Mädchen in sowjetischen Textilfabriken. Logischerweise müßten für sie in der nächsten Zeit bei uns 10.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, was aber noch nicht der Fall ist, obwohl wir bereits den Bau neuer Textilfabriken planen. Das wichtigste ist aber, daß diese Mädchen jetzt wenigstens Arbeit haben, wenn auch nicht zu Hause."¹⁴

Einkommensquelle für Staat und Arbeiter

In den letzten Jahren ist ein weiteres Argument für "die Nutzung des vietnamesischen Arbeitspotentials" in den Vordergrund getreten: "Der Erhalt ausländischer Währungen für den Staatshaushalt."¹⁵ In der Praxis bedeutete dies, daß die vietnamesischen Arbeiter sich verpflichten müssen, einen Teil ihres Einkommens zur "Unterstützung des sozialistischen Aufbaus" an die Regierung in Hanoi abzuführen (12 % in der DDR, 10 % in der UdSSR). Dieser Teil wird von den Betrieben sofort einbehalten, an den Staat abgeführt, umgerechnet und zur Tilgung der vietnamesischen Schulden verwendet. Die so kumulierten Beträge sind angesichts der niedrigen Einkommen in den osteuropäischen Ländern jedoch nicht sehr hoch. Zwischen 1980 und 1986 soll Vietnam nur 144 Mio. Rubel, d.h. jährlich ca. 20,5 Mio. Rubel, erhalten haben.

Mit der steigenden Zahl der Arbeiter lag diese Summe 1989 natürlich höher. In der DDR ergibt sich z.B. bei 50.000 Arbeitern und einem monatlichen Durchschnittsverdienst von 1.000 Mark für 1989 ein Betrag von 72 Mio. Mark. Unklar ist jedoch, welche Beträge Vietnam dafür gutgeschrieben werden. Die in diesem Fall angewandten Umrechnungsmodalitäten zwischen DDR-Mark und vietnamesischem Dong, beides nicht-konvertierbare Währungen, sind bisher

nicht bekannt.

Bekannt ist aber, daß die vietnamesische Seite mit den Verdienstmöglichkeiten in den sozialistischen Bruderländern unzufrieden ist. Die Vergleiche mit ausländischen Arbeitern im Nahen Osten fallen nicht nur in der Höhe des Verdienstes zuungunsten Osteuropas aus. Kritisiert wird vor allem die Bezahlung in nicht-konvertierbaren Währungen.

Die Nicht-Konvertierbarkeit wirft aber auch Probleme für die im Ausland Beschäftigten auf. Denn sie erhalten ihren Lohn in der jeweiligen Landeswährung, können ihre Ersparnisse jedoch nicht in Form von Sparguthaben, sondern nur in damit gekauften Waren (gewünscht sind natürlich vor allem Konsumgüter) nach Vietnam transferieren. Wegen der in den realsozialistischen Ländern herrschenden Knappheit an gerade diesen Gütern sind Konflikte mit der einheimischen Bevölkerung vorprogrammiert. Die Vietnamesen erscheinen ihr vor allem als Konkurrenten um knappe Produkte.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Beschränkung der Ausfuhr von Waren nach Vietnam Gegenstand der Regierungsvereinbarungen ist. Aus der UdSSR darf einmal pro Jahr eine Sendung nach Vietnam geschickt werden, wobei die Fracht einen Wert von 50 % des Jahreslohnes nicht übersteigen darf¹⁶. In der DDR ist die Warenausfuhr auf den persönlichen Bedarf des ausländischen Werktätigen und seiner Familie beschränkt, Ausfuhrbeschränkungen gibt es u.a. für Fahrräder, Mopeds und Nähmaschinen¹⁷. 1989 haben neue Zollbestimmungen die Ausfuhrmöglichkeiten weiter begrenzt.

Integration unerwünscht

Dieser konfliktträchtigen Situation hätte nur mit einer offenen Diskussion entgegengewirkt werden können. Aber der Internationalismus, den die Regierungen priesen, war nur verbal, deshalb unglaubwürdig und blieb verordnet. In den Abkommen über ausländische Arbeiter war vom Geist des "proletarischen Internationalismus" wenig zu spüren. Und

obwohl auf die ausländischen Arbeiter das gleiche Recht wie auf die einheimischen angewendet werden soll, sprechen einzelne Vertragsbestimmungen doch eine deutliche Sprache. "Man hat einfach vergessen, daß das Menschen sind", so Klaus Goder von der DDR-CDU.

Im korrekten preußisch-realsozialistischen Geist wurden in der DDR alle Einzelheiten für die persönlichen Belange der ausländischen Arbeiter festgelegt. Nicht nur, daß jeder Person 5 qm Wohnfläche eingeräumt wurden, in einer Richtlinie zur Unterbringung vom 8. 2. 1982 wurden genau festgelegt, was einem "Gast"arbeiter an Gegenständen zusteht:

- 1 Bett
- 1 Kopfkissen
- 1 Stuhl
- 1 Tasse
- 1 Teller, tief
- 1 Teller, flach
- 1 komplettes Besteck

"Die sachliche Sprache dieser Verträge läßt schnell vergessen, daß es sich um Menschen handelt, um lebendige Menschen, nicht nur um Werk tätige oder Arbeitskräfte." (Gabriele Lubanda)

[aus: Nah & Fern. Ein Material- und Informationsdienst für ökonomische Ausländerarbeit. Berlin-DDR. Nr. 3/1990]

Es beginnt mit der Beschränkung der Arbeitserlaubnis auf vier Jahre für Frauen und sechs Jahre für Männer (in der DDR fünf Jahre). Die Ausgewählten müssen gesund und im besten Arbeitsalter sein, nämlich zwischen 18 und 35 Jahre, sie reisen alleine, Familienmitnahme ist nicht möglich. Für die in der UdSSR arbeitenden Vietnamesen ist Heimaturlaub nur denjenigen gestattet, die länger als vier Jahre beschäftigt sind. Die Frauen sind damit ausgeschlossen.

Auch Regelungen über die Gesundheit dienen allein der Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit der ausländischen Arbeiter. So berichtet "Argumenty i Fakty", daß die vietnamesischen Arbeiterinnen einmal im Vierteljahr zum Gynäkologen müssen. Der Grund ist Artikel 7 des sowjetisch-vietnamesischen Vertrages für eine Ausweisung aus der UdSSR: "Falls der Bürger als Folge der Krankheit oder eines Arbeitsunfalls arbeitsunfähig wird und nach Befund des Arztes seine Arbeitsfähigkeit im Verlauf von vier Monaten nicht wieder hergestellt werden kann..."¹⁸ Erzwungene Schwangerschaftsabbrüche sind in der UdSSR wie in der DDR Folge dieser vertraglich festgelegten Politik.

Das gleiche Bild ist bei der Unterbringung der Vietnamesen, die zumeist in speziellen Wohnheimen erfolgte, möglichst dicht bei der Arbeitsstelle, festzu-

stellen. In den Richtlinien der DDR wird dabei jedem Arbeiter eine Wohnfläche von 5 qm zugestanden. In nicht wenigen Fällen ist dabei die Unterbringung menschenunwürdig. Klagen darüber gibt es vor allem aus der UdSSR. So wird aus Charkov berichtet, daß dort die Vietnamesen zu zehnt auf einem Zimmer wohnen. Im gesamten Gebäude gäbe es nur eine Dusche für 200 Arbeiter.¹⁹

ist es zu Eruptionen der Gewalt gekommen. Aus der UdSSR und der CSSR werden Auseinandersetzungen gemeldet. Auch in der DDR fürchten Vietnamesen um ihr Leben.

Auch wenn es sich bisher nur um vereinzelte Zwischenfälle handelt, wäre Beruhigung fehl am Platz. Angesichts der sich verschärfenden wirtschaftlichen Lage besteht die Gefahr von weiter anwachsender Fremdenfeindlichkeit.

Rückwirkungen auf die Zusammenarbeit zwischen Vietnam und den europäischen RGW-Ländern in der Arbeitskooperation sind unverkennbar. Bereits im April 1990 verkündete die vietnamesische Regierung den Beschluß, für 1989 keine neuen Arbeitskräfte nach Europa zu entsenden. Und dort, wo es für die "vietnamesischen Werktätigen weder angemessene Einkommen noch würdige Arbeits-, Lebens- und Sicherheitsbedingungen gebe, müsse man schnell über ihre Rückkehr verhandeln."²⁰ Als Alternative könne Vietnam, so der Arbeitsminister Tran Dinh Hoan, Arbeiter nach Westeuropa und in den Nahen Osten entsenden. Zu diesem Schritt hat auch die ideologische Unzufriedenheit mit der Entwicklung des realen Sozialismus in den osteuropäischen Ländern beigetragen.

Auch in der Sowjetunion mehrten sich die Stimmen, die eine

Reduzierung von vietnamesischen Arbeitern fordern. In der DDR verlangen viele Betriebe die vorrangige Entlassung vietnamesischer Arbeiter. Angesichts der zehnjährigen Laufzeit der Verträge zwischen Vietnam und den osteuropäischen Ländern, die 1991/1992 zur Neuverhandlung anstehen, hat Bulgarien bereits angekündigt, das Abkommen auslaufen zu lassen. Die DDR-Regierung hat mit Vietnam vereinbart, kurzfristig die Aufenthaltsdauer auf 4 Jahre zu verkürzen, aber keinen vietnamesischen Arbeiter vorfristig nach Hause zu schicken. Der Prozeß der Wiedervereinigung und die Eingliederung der DDR in die EG machen eine Neuaufgabe des Abkommens unwahrscheinlich. Es ist auch nicht zu erwarten, daß sich die CSSR anders entscheidet. Allein der Vertrag mit der Sowjetunion scheint gewisse Aussichten auf Erneuerung zu haben, wobei jedoch mit Sicherheit der Umfang der zu entsendenden Arbeitskräfte reduziert und die Vertragsbedingungen verschärft werden.

Das Experiment "vietnamesische Gastarbeiter" kann, zumindest was Bulgarien, die DDR und die CSSR betrifft, als been-

det betrachtet werden. Die Folgen dieser verfehlten Ausländerpolitik werden jedoch noch länger nachwirken. Sie aufzuarbeiten und der aufgebrochenen Ausländerfeindlichkeit entgegenzuwirken, wird eine wichtige Aufgabe sein.

Klaus Fritsche

Der Verfasser ist promovierter Politologe und befaßt sich mit der Entwicklung in den sozialistischen Ländern Osteuropas. Er ist freier Mitarbeiter der Südostasien Informationen.

Anmerkungen

So der Titel des Artikels von Wladimir Godyna in: Neue Zeit, Moskau, 34/1985, S. 12f.

2 Michail Kalmykow: Der Mondkalender in den Lichatschow-Werken. in: Neue Zeit. Moskau. 45/1989, S. 31

3 Godyna 1985, S. 12 [Anmerkung 1]

4 Radio Hanoi, 4.8.88, in Monitor Dienst Asien, 10.8.88

5 Bangkok Post, 17.2.1989

6 Junge Welt. 2./3.12.1989, S. 4

7 Uskalov, I. G.: Aktivizacija celoveceskoga faktora i problema migracii rabocej sily mezdy evropejskimi i vneevropejskimi stranami SEV. [Die Aktivierung des menschlichen Faktors und das Problem der Migration der Arbeitskraft zwischen den europäischen und nicht-europäischen Ländern des RGW]. in: Nausno-techniceskij progress i problemy povysenija urovnej ekonomiceskogo razvitiya vneevropejskich stran SEV (Sbornik materialov). Moskau, Institut Ekonomiki Mirovoj Socialisticeskoj sistemy, 1988, S. 83f.

8 Höhmann, Hans-Hermann (Hrsg.): Arbeitsmarkt und Wirtschaftsplanung. Beiträge zur Beschäftigungsstruktur und Arbeitskräftepolitik in Osteuropa. Köln/Frankfurt, Europäische Verlagsanstalt, 1977, S. 7

9 Uskalov 1988, S. 85 [Anmerkung 7]

0 Sächsische Zeitung, zit. n. FAZ, 4.2.1990

1 Südostasien-aktuell. Hamburg. (Januar 1990)1. S. 52

2 Südostasien-aktuell. Hamburg. (Januar 1990)1. S. 53

3 Radio Hanoi, 18.12.88, nach SWB, FE/0339 B/1, 20.12.88

4 Boris Koslow: Als Arbeiter zu Gast. in: Neue Zeit, Moskau (1987), S. 167

5 Nguyen Thi Binh vor der vietnamesischen Nationalversammlung. in: Radio Hanoi, 18.12.1988 [Anmerkung 13]

6 Kalmykow 1989, S. 31 [Anmerkung 2]

7 FAZ, 4.2.1989

8 Igorev, M.; Feldman, S. (1989): Bes Jazyka. [Sprachlos]. in: Argumenty i Fakty. Moskau. (11.-17.11.1989)45. S.2

9 Igorev/Feldman 1989, S.2 [Anmerkung 18]

20 Neues Deutschland, 6.4.1990

Tabelle 2:

Entwicklung der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotentials Vietnams

Jahr	Bevölkerung (in Tsd.)	arbeitsfähige Bev. (in Tsd.)
1976	49.160	18.400
1980	53.722	
1984	58.800	23.100
1986	61.109	30.000
1987	62.452	
1988	63.727	
1989	64.411	
2000	81.000	45.000
2020	130.000	

Quellen: vietnamesische Angaben; Statisticeskij Ezegodnik Stran-clenov SEV, verschiedene Jahre; 1989 Ergebnis der vietnamesischen Volkszählung

Auffällig war auch, daß die Bewohner und Bewohnerinnen einer starken Kontrolle durch Aufsichtspersonal unterlagen. Zugang und Zugangszeit zu den Unterkünften waren reglementiert. Auch wenn sicherlich nicht vertraglich festgeschrieben, so waren in der Praxis Kontakte zwischen Vietnamesen und der einheimischen Bevölkerung, insbesondere wenn sie unterschiedlichen Geschlechts waren, nicht gewünscht. Heirat einer "Gast"arbeiterin oder eines "Gast"arbeiters war faktisch ausgeschlossen. Integration blieb ein Fremdwort.

Vor der Heimkehr nach Vietnam

Mit der Verschärfung der Versorgungskrise in den osteuropäischen Ländern mußten unter diesen Bedingungen die Konflikte zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitern eskalieren. Die wirtschaftlichen Reformen setzen Arbeitskräfte frei, entziehen den Vietnamesen die Grundlage und machen sie zu Konkurrenten um die knapper werdenden Arbeitsplätze. In einer Reihe von Fällen